

Zeitschrift: Zürcher Taschenbuch
Herausgeber: Gesellschaft zürcherischer Geschichtsfreunde
Band: 71 (1951)

Artikel: Innen- und aussenpolitische Aspekte des Zürcher Tonhallekrawalls
Autor: Albertini, Rudolf v.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-985392>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Innen- und außenpolitische Aspekte des Zürcher Tonhallekrawalls.

Von Dr. Rudolf v. Albertini.

Vor 25 Jahren veröffentlichte Hans Schmid im Zürcher Taschenbuch eine ausführliche Darstellung des Zürcher Tonhallekrawalls¹⁾. Wir setzen deshalb die Vorgeschichte und den Verlauf der Ereignisse als bekannt voraus und beschränken uns darauf, festzuhalten, daß am 9. März 1871 ein deutscher Kommers, der die Reichesgründung feiern sollte, von Demonstranten — mit Zugzug französischer Internierter — gestört wurde. An den beiden folgenden Tagen kam es zu neuen Unruhen in der Stadt, und eine eidgenössische Intervention mußte eingeleitet werden. Ruhe und Ordnung waren bald darauf wieder hergestellt.

Fragen wir nach der Herkunft der Demonstranten, so müssen wir vorerst darauf hinweisen, daß die französischen Internierten an den Vorbereitungen nicht beteiligt waren und erst nachträglich — übrigens in kleiner Zahl — hinzukamen. Bereits zeitgenössische Berichte sind der Meinung, daß die Demonstration auch im Falle eines vorherigen Wegzuges der Franzosen stattgefunden hätte. Eine Liste von Angeklagten führt fast durchwegs junge Männer im Alter von 18—30 Jahren auf²⁾. Es sind schweizerische Handwerker und Arbeiter. Von liberaler und konservativer Seite wurde in der Presse die Vermutung ausgesprochen, daß in der „Internationalen“ die treibende Kraft zu suchen sei. Eine von Heinrich Morf, A. Äsch-

¹⁾ H. Schmid, Der Zürcher Tonhallekrawall vom 9. März 1871 und seine Folgen, Zürcher Taschenbuch 1926, S. 1—77.

²⁾ Zentralbibliothek Zürich, LK 270.

bach und Herman Greulich unterzeichnete Erklärung lehnte diese Verdächtigung ab und betonte, durchaus die neue Verfassung unterstützen zu wollen³⁾. Die Untersuchungskommission bestätigte, daß der „Internationalen“ keine aktive Unterstützung der Demonstranten nachgewiesen werden konnte⁴⁾. In der Tat waren Friedrich Lange und Herman Greulich an der demokratischen Bewegung der sechziger Jahre beteiligt gewesen und kaum interessiert, die neue Regierung in Verlegenheit zu bringen. Als ehemaligen Deutschen war ihnen zudem eine anti-deutsche Gesinnung 1871 durchaus nicht selbstverständlich. Lange scheint in Winterthur unter der Deutschfeindlichkeit der Bevölkerung gelitten zu haben⁵⁾ und von Greulich wurde behauptet, er hätte dem deutschen Kommers beigewohnt⁶⁾. Wenn nun ein aktiver oder gar bestimmender Einfluß der „Internationalen“ nicht nachgewiesen werden kann, so ist damit noch nicht der eminent soziale Charakter der Bewegung bestritten. Der Ankläger im Schwurprozeß, Weber, glaubt im Konkurrenzkampf zwischen deutschen und schweizerischen Handwerkern und Arbeitern die Hauptursache des Tonhallekrawalls zu sehen. Er erwähnt Aussagen der beiden Angeklagten Hagemann und Meyenberg: „Man habe die Deutschen schon lange nicht leiden mögen, warum? Weil sie oft den Schweizern vorgezogen werden, bessere Stellen bekommen, höheren Lohn beziehen, für geringeren Lohn arbeiten... Es ist der Brotneid, der in Zürich und auch anderwärts schon lange vor dem Kriege eine Abneigung gegen die Deutschen hervorgerufen hatte“⁷⁾. Weber versucht zweifellos hier das Argument des Deutschenhasses im politischen Sinne zu entkräften, aber Augenzeugen wollen solche Aussagen unter den Manifestanten vernommen haben⁸⁾ und Benndorf spricht ebenfalls von einer bereits langjährigen anti-deutschen Stimmung in den unteren Volkschichten, die er auf eine Konkurrenz in den Arbeitsbedingungen

³⁾ Abdruck dieses Schreibens bei H. Schmid, a.a.O., S. 39/40.

⁴⁾ H. Schmid, a.a.O., S. 42.

⁵⁾ O. A. Ellissen, Friedrich Albert Lange, Leipzig 1891, S. 195.

⁶⁾ Landbote vom 15. März 1871. — Über Spannungen innerhalb der Arbeiterschaft berichtet R. Grimm, Geschichte der sozialistischen Ideen in der Schweiz, Zürich 1931, S. 108.

⁷⁾ J. Weber, Die Zürcher Vorfälle, Zürich 1871, S. 5.

⁸⁾ Außerordentliche Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 6. April 1871, Zentralbibliothek Zürich, LK 270.

zurückführt. Wir sind auf diese soziale Frage näher eingegangen, weil uns die These, der Tonhallekrawall sei eine impulsive Reaktion gegen die deutsche Reichsgründung mit ihren neuen Gefahren für die außenpolitische Stellung der Schweiz gewesen, zum mindesten einseitig erscheint. Zweifellos herrschte allgemein eine deutschfeindliche Stimmung in den demokratischen und noch weiter linksstehenden Kreisen. Man fand es zudem unpassend, daß die Erfolge Deutschlands in dieser Weise gefeiert wurden. Die französischen Internierten waren mit großer Wärme empfangen worden, und man ärgerte sich, als ihre Abreise verschoben wurde, daß das deutsche Komitee nicht geneigt war, den Kommers ebenfalls zu verschieben. Auf ein weiteres soziales Element kann hingewiesen werden: die Deutschen, die sich zur Feier trafen, gehörten als Professoren und Kaufleute den oberen Schichten an. Mehrfach wird bestätigt, daß sich die Menge gegen die „Herren“ wandte, eine Haltung, die sich — nebenbei bemerkt — auch gegen die zürcherischen Offiziere richtete. Die Soldaten scheinen z.T. mit den Demonstranten sympathisiert zu haben, „auch sie durchzuckte der Deutschenhaß“⁹⁾.

Wir halten dafür, daß die große Auseinandersetzung, die weit über die Grenzen des Landes hinaus ihre Wellen schlug, nicht im Tonhallekrawall direkt enthalten ist und in der politischen Interpretation nur bedingt „symptomatischen Charakter“ hat¹⁰⁾. Sie taucht erst nach und nach in der Presse auf und zwar indirekt, insofern ihr eine innenpolitische Diskussion vorausgeht, innerhalb welcher erst sich die außenpolitische Frage stellt.

Die Stellungnahme der Zürcher Presse.

Der Tonhallekrawall, den der Stadtrat am 11. März als „rohes Attentat auf die freien Institutionen und das Gastrecht der Schweiz“ bezeichnete, wurde von den Zeitungen ganz allgemein verurteilt. Selbst die deutlich frankophilen Blätter *Landbote* und *Tagwacht* können sich diesem Urteil nicht entziehen, auch wenn sie vorerst kühl und zurückhaltend bleiben. So spricht sogar die sozialistische Zeitung am 18. März von einem „pöbelhaften Charakter“ und bemerkt halb ernst, halb

⁹⁾ H. Schmid, a.a.O., S. 18/19.

¹⁰⁾ So Eduard Fueter, *Die Schweiz seit 1848*, Zürich 1928, S. 116.

ironisch-bagatellisierend, „daz Steine werfen gemein sei“. Groß sind die Enttäuschung und die Entrüstung über die Verlezung der Versammlungsfreiheit; es entspreche dies nicht der schweizerischen Tradition und zieme sich nicht in einem republikanischen Staate, der an freiheitliche Ordnung gewohnt sei. Es kommt hinzu „die Schmach, die der städtischen Ehre durch die eidgenössische Intervention angetan wurde“.

Die Frage nach den Ursachen und den Verantwortlichen des Tonhallekrawalls führte zu einer heftigen Kritik an der Regierung von Seiten der Liberalen und Konservativen. Die Vorbereitungen zum Schluze des Festes seien ungenügend gewesen und der militärische Einsatz hätte nicht geklappt. Der scharfe Gegensatz zwischen Liberalen und Demokraten und damit zwischen Neuer Zürcher Zeitung und Landbote zeigt sich in aller Deutlichkeit. Man erhält den Eindruck, daß die Rechtsparteien der Regierung eine Schlappe gönnten und die Gelegenheit ergriffen, aus der ganzen Angelegenheit parteipolitisch Kapital zu schlagen. Die Regierung sollte dabei weniger für den Tonhallekrawall als solchen verantwortlich gemacht werden, als für die Tatsache, daß solche Unruhen überhaupt entstehen konnten. Nicht nur die Regierung wird angeklagt, sondern das „System der Demokraten“. Der Geist der Unordnung und des Aufruhrs habe unter dem Einfluß der demokratischen Bewegung an Weite und Einfluß gewonnen. Es habe das berüchtigte „Nieder mit dem Respekt“ in gewissen Schichten des Volkes Wurzeln geschlagen. „Es ist Zeit, daß alle guten Elemente sich fest zusammenscharen, um einer Ochlokratie (Pöbelherrschaft), welche alle bedroht und das Wohlergehen unserer Stadt schwer gefährdet, von vorneherein die Spitze abzubrechen und der Welt zu beweisen, daß Ordnung und Recht bei uns eine Wahrheit und nicht ein bloßer Wahn sind, welchen über den Haufen zu werfen der erste beste Pöbelhaufen stark genug ist“¹¹⁾. Es wird die ganze Entwicklung in Zürich seit 1868/69 verantwortlich gemacht, daß dieser „Aufstand der Massen“ möglich wurde. Es ist das Eindringen von sozialistischen Ideen, wie die Freitagszeitung in noch schärferer Sprache sagt, die alle Ordnung gefährdet und durch übertriebene Demokratisierung und demagogische Propaganda von unten die Sicherheit

¹¹⁾ Neue Zürcher Zeitung Nr. 129 vom 11. März 1871.

des öffentlichen Lebens untergrabe. Die Regierung sei daher in gewisser Hinsicht das Opfer ihrer eigenen Bewegung.

Der *Landbote* sah sich angegriffen und ging zum Gegenangriff über. Er hatte sich anfänglich zurückgehalten und versucht, die Angelegenheit ad acta zu legen. Der erste scharfe Artikel erscheint am 14. März, und einige Tage später beginnt das Blatt unter dem Stichwort einer Verteidigung gegen die Angriffe der *Neuen Zürcher Zeitung* eine Artikelserie mit dem Titel „*Einige Nutzanwendungen*“. Die Verdächtigungen werden zurückgewiesen, daß demokratische und sozialistische Kreise für den Krawall verantwortlich seien. Der *Landbote* nimmt Bürkli und Greulich in Schutz, wofür die Tagwacht sich am 18. März bedankt. Im Zuge aber, sich gegenseitig zu beschuldigen, wird nun behauptet: „Man hat nämlich viel Grund zu glauben, daß die Neumühle ein Hauptkontingent Krawaller lieferte und daß man es wahrscheinlich mit Arbeitern zu tun hat, die von der demokratischen Bewegung abgefallen sind und jetzt nicht zum geringen Behagen gewisser liberaler Biedermanns sich von einer hinter den Kulissen grinsenden reaktionären Clique zum Angriff gegen die Regierung haben hecken lassen.“ Am Tage darauf werden nochmals Verdächtigungen von Seiten der *Neuen Zürcher Zeitung* angeführt und bemerkt, es sei dies „ein Beweis, daß ein Teil der Freunde der *Neuen Zürcher Zeitung* mit Inbrunst hinter den Tumultuanten stand“¹²⁾.

In dieser äußerst heftig geführten Diskussion versuchen die Demokraten, ihr Werk, die Verfassung von 1869, zu verteidigen, ohne sich in weitere Erörterungen einzulassen. Demgegenüber gibt sich die *Neue Zürcher Zeitung* als die Hüterin der Ordnung und der Gesittung aus. Sie glaubt in der neuen Verfassung den Niedergang des republikanischen Staates zu sehen und ruft die Mitbürger zur Abwehr auf. Dieses grundlegende Anliegen wird durch die Stellungnahme zu Deutschland und Frankreich noch verdeutlicht.

Der *Landbote* hatte am 14. März die Abhaltung des Kommerses sehr scharf kritisiert und von einer förmlichen Taktlosigkeit, ja einer Provokation gesprochen. Am gleichen Tage referierte Stadtpräsident Sulzer von Winterthur im Kantons-

¹²⁾ *Landbote* vom 15. März 1871.

rat über den Tonhallekrawall¹³⁾). Als wichtigstes Motiv der Demonstranten nannte er den „Deutschenhaß“. Er lehnte diesen zwar ab, betonte aber, daß nicht bestritten werden könne, daß ein „großer Teil unseres Volkes der jetzigen politischen Stellung Deutschlands abgeneigt ist“. Die politischen und militärischen Erfolge seien die Ursache und Deutschland dürfe sich nicht wundern, „wenn ihm die anderen nicht mit Liebe, sondern mit Furcht entgegenkommen; von der Furcht zum Haß ist aber nur ein kleiner Schritt“. Zweifellos hat Sulzer mit dieser Interpretation versucht, der innenpolitischen Diskussion auszuweichen und die Regierung bis zu einem gewissen Grade zu decken. Die enge Beziehung zwischen Innen- und Außenpolitik wird sichtbar und es ist kein Zufall, wenn in der Frage des Deutschenhaßes vor allem Alfred Escher und Georg v. Wyss Sulzer die Antwort erteilten. Der erste blieb zurückhaltend, lehnte den Ausdruck Sulzers ab und versuchte eine vermittelnde Position einzunehmen¹⁴⁾). Wyss hingegen betonte die engen sprachlichen und kulturellen Beziehungen zu Deutschland und wies auf die große Zahl bedeutender Gelehrten in der Schweiz hin. Die weitere Diskussion ist hier nicht zu verfolgen; erwähnt sei die aus Kreisen der Freitagszeitung stammende Schrift „Der Deutschenhaß in der Schweiz“¹⁵⁾). Weber legt in seinem Bericht über die Zürcher Vorfälle feierlichen Protest ein und erklärt den Nationalitätenhaß „als eines freien Volkes unwürdig“. Er anerkennt zwar die großen Leistungen der französischen Revolution; Frankreich sei aber wieder zur Monarchie zurückgefallen, da ihm die Bildung fehle. „Sie ist die Mutter aller Freiheit und jedes Wohlstandes“ und ohne sie kann es keine Republik geben. In Frankreich ständen ihr „Pfaffen und der Autoritätsglauben“ entgegen, während in Deutschland eifrig an der Ausbreitung der Bildung gearbeitet werde. Der Sieg Deutschlands ist daher letztlich „ein Sieg der Demokratie über den Absolutismus“. Mit Recht betont Edith Picard, daß sich in dieser und ähnlichen Äußerungen die Wandlung in der Haltung der Liberalen und Konservativen abzeichnet¹⁶⁾). Anti-

¹³⁾ Protokollarischer Bericht in der Neuen Zürcher Zeitung v. 14. März 1871.

¹⁴⁾ E. Gagliardi, Alfred Escher, Frauenfeld 1919, S. 588.

¹⁵⁾ E. A. Picard, Die deutsche Einigung im Lichte der schweiz. Öffentlichkeit, Diss. Zürich 1940, S. 206 f.

¹⁶⁾ E. A. Picard, a.a.O., S. 208 f.

Klerikalismus und der Bildungsgedanke drängen sich in den Vordergrund und beeinflussen die Stellungnahme zum neuen deutschen Staat. Innenpolitisch ergibt sich die eigenartige Situation, daß die Liberalen die Demokraten und Sozialisten anklagen, ein klerikales Regime in Frankreich zu verteidigen. Es zeigt sich aber auch die Abneigung der Liberalen und vor allem der Konservativen gegenüber der neuesten Entwicklung in Frankreich. Die Bildung der Commune und der französische Republikanismus werden abgelehnt, da man in ihnen nur die Auflösung der Ordnung und die ständige Infragestellung der staatlichen Autorität erkennen kann.

Mit diesen Bemerkungen haben wir zugleich die Voraussetzungen gewonnen, um die Haltung der Deutschen im Tonhallekrawall und die nachfolgende Diskussion in der deutschen Presse zu verstehen.

Die Stellungnahme der Deutschen im In- und Ausland.

Stellt man sich die Frage nach der politischen Herkunft und der politischen Überzeugung der Organisatoren und Redner der deutschen Siegesfeier, so ergibt sich das überraschende Ergebnis, daß es sich zum wesentlichen Teile um Flüchtlinge der 48er Revolution handelt. Die Einladung zum Kommers war von den Professoren Gottfried Semper, Adolf Gasserow und Adolf Exner sowie von Otto Wesendonck unterschrieben. An der Feier selbst sprachen die Professoren Johannes Wisslicenus und Johannes Scherr. Außer Gasserow und Exner sind sie alle Flüchtlinge. Dr. Robert Ottensofer, ein weiterer 48er Emigrant, verhält sich als Anwalt der beim Krawall geschädigten Deutschen recht anmaßend¹⁷⁾. Diese Feststellung muß zu denken geben. Es muß sich im politischen Denken dieser deutschen Flüchtlinge, die hier eindeutig im Zentrum der deutschen Siegesfeier stehen, eine Wandlung abgespielt haben, da ohne eine solche Annahme ihre Haltung 1871 nicht verständlich ist. Für den Theologen Reim, der zwar nicht Flüchtling war, aber am Kommers teilgenommen hat, gibt uns Gagliardi folgenden Hinweis: „Nachdem der gebürtige Stuttgarter bis

¹⁷⁾ H. Schmid, a.a.O., S. 50—52.

1866 in Preußen die Wurzel aller Übel gesehen, nachdem er 1871 für das Kaiserthum sich begeistert hatte, d.h. über Demokratie und Kleinbürgertum zu klagen begann, erfüllte ihm zwei Jahre später eine Berufung nach Gießen zwar sehnlichen Wunsch der Rückkehr in die angestammte Heimat . . .”¹⁸⁾). Wir müssen aber weiter fragen und auf die beiden Reden am Feste selbst verweisen.

Nach dem Bericht der Neuen Zürcher Zeitung vom 11. März habe Professor Wislicenus vorerst betont, daß er „von dem Rechte Gebrauch mache, welches die freie Verfassung auch den Deutschen gewähre“. Die Feier sei nicht gegen das unglückliche Nachbarvolk gerichtet. Und er fährt fort: „Sei auch der Weg zum Ziele nicht ein solcher gewesen, der allen gefallen habe, und wäre die Form der Erreichung dieses Ziels nicht jedem geläufig geworden, das Ziel selbst bleibe eine vollendete Tatsache.“ Der Redner entwarf ein Bild von der Geschichte des deutschen Kaiserthums, seiner Blüte und seines Niederganges und feierte dann die „Jugend der Universitäten“ des beginnenden 19. Jahrhunderts. Die große Bewegung von 1848 habe den Kampf von Freiheit und Gewalt gebracht, aber erst 1871 sei die neue deutsche Einheit entstanden, „durch den Krieg, der Deutschland geeinigt und siegreich gemacht habe“. Zwei Fahnen standen nebeneinander im Saal: die schwarz-weiß-rote und die schwarz-rot-goldene. Der Redner weist auf sie hin als die „Symbole des siegreichen Reiches und des friedlichen deutschen Volkes“. Weitere Möglichkeiten einer Interpretation gibt uns diese Rede nicht. Sie scheint zu zeigen, daß das Bewußtsein des Konfliktes zwischen liberaler und nationaler Forderung noch vorhanden ist. Das neue Reich wird anerkannt, weil man sich vor der vollendeten Tatsache beugt und den Glauben hegt, daß nicht nur das nationale, sondern auch das liberale Anliegen seine Verwirklichung gefunden habe. Einer solchen Hoffnung gibt auch der Hinweis auf die beiden Fahnen Ausdruck. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir diese Haltung als diejenige des deutschen Nationalliberalen bezeichnen und feststellen, daß hier bei einem deutschen Professor in der Schweiz die innere Problematik des deutschen Liberalen zur Zeit der Reichsgründung in anschaulicher Weise zum Durchbruch gelangt.

¹⁸⁾ E. Gagliardi, Die Universität Zürich 1833—1933, Zürich 1938, S. 536.

Bei Professor Scherr — Bruder des Seminardirektors und ein in contumaciam verurteilter Flüchtling — kommt das nationale Element noch deutlicher zur Geltung. Man habe, sagt er, die Deutschen als das Volk der Träumer verspottet und dieses sei nun „auf die Bühne der Weltgeschichte“ getreten. „Im deutschen Heere sei alles lebendig gewesen, was unsere großen Denker und Dichter gedichtet und gedacht hätten.“ Es zieme sich nicht für das erste Kulturvolk der Erde, mit Hohn und Haß auf den besieгten Feind niederzublicken“ und es seien die Gerechtigkeit der Sache, Deutschlands Alleinsein und die Einheit der Stämme, die die Größe des Sieges bestimmten. Obschon Scherr in Erinnerung an 1789 sagt, daß im gleichen Versailles „ein Sternfunke in der Augustnacht geschimmert habe“, hat hier doch deutlich der nationale über den liberalen oder gar demokratischen Gedanken das Übergewicht gewonnen. Es ist nicht ohne Interesse, dies 1871, rückblickend auf die deutsche Revolution von 1848, bei einem ihrer Flüchtlinge feststellen zu können.

Die Deutschen in Zürich fühlten sich durch den Tonhallekrawall beleidigt und trugen die angetane Schmach recht deutlich zur Schau. Eine Reihe schweizerischer Hochschullehrer hatten in zwei Adressen ihren deutschen Kollegen das Bedauern über die Vorfälle mitgeteilt¹⁹⁾. Das Komitee beklagte sich aber in einer Kundgebung an die Presse vom 30. März, daß der Regierungsrat keine weiteren Schritte im Sinne einer Entschuldigung unternommen habe. Ein Monat später brachte Rektor Güsserow den gleichen Gedanken an der Hochschulfeier zum Ausdruck. Sicher zeigten sich in dieser Stellungnahme und in dieser Kritik an der Regierung auch die seit 1869 bestehenden Spannungen mit den demokratischen Behörden. Vergessen wir nicht, daß die demokratische Regierung eher mit Frankreich sympathisierte. So wird es verständlicher, daß eine Reihe von Professoren aus Protest gegen den Tonhallekrawall oder infolge der deutschfeindlichen Stimmung in Zürich die Schweiz verließen²⁰⁾. Professor Otto Benndorf erwähnte in

¹⁹⁾ H. Schmid, a.a.O., S. 63.

²⁰⁾ Die Formulierungen von Hans Schneider, Geschichte des Schweiz. Bundesstaates 1848—1918, Stuttgart 1931, S. 723, und E. A. Picard, a.a.O., S. 102, Anm. 204, geben einen falschen Eindruck. Weder bei Semper noch bei Wislicenus hat die deutschfeindliche Stimmung unmittelbaren Anteil am Wegzug; der eine wurde nach Wien, der andere nach Würzburg berufen.

seinem Demissionsgesuch sowohl die Haltung der Bevölkerung als diejenige der Regierung. An Benndorfs Abschiedsfest hat — nebenbei bemerkt — Gottfried Keller jene unglücklichen Worte über die Rückkehr der Schweiz zum deutschen Reiche ausgesprochen²¹⁾. Der preußisch-konservativ eingestellte Professor Alfred Boretius lag schon längere Zeit mit den Behörden im Streit und verließ nach dem Krawall Zürich. In der Berliner National-Zeitung veröffentlichte er einen Bericht über die Ereignisse. Bekannt ist zudem, daß Otto Wesendonck seine Villa verkaufte und nach Dresden übersiedelte. Geradezu anekdotenhafte Charakter trägt eine Unterredung von Bundesrat Schenk mit François Wille, über die uns Böschenstein berichtet: „Die vom Volksauflauf gestörte Siegesfeier der Deutschen in Zürich führte zu einer zeitweisen heftigen Unterredung zwischen Schenk und dem bedeutenden Demokraten François Wille, dem Vater des Generals. Dr. Wille war schon früher mit Schenk in Verbindung getreten. Jetzt erschien er in Bern, um seiner Empörung über die Störung der Tonhalleversammlung Ausdruck zu geben und auf den Deutschenhaß hinzuweisen, der letzten Endes auf die Furcht der Schweizer zurückzuführen sei. Schenk setzte seinem berühmten Besucher auseinander, daß den Deutschen das Versammlungsrecht garantiert sei wie allen andern, aber ebenso sehr habe sich dieses Versammlungsrecht der allgemeinen Ordnung zu unterziehen. Mit der eidgenössischen Intervention sei auch eine eidgenössische Untersuchung über die Ruhestörung eingetreten. Wille erklärt, obwohl Schweizer, könne er den Deutschenhaß nicht mehr ertragen; er leide darunter und sein im schweizerischen Militärdienst stehender Sohn — der spätere General war damals Artillerie-Instruktor in Thun geworden — habe ihm darüber geklagt und ihn geradezu gedrängt, Mariafeld zu verkaufen und nach Deutschland zu ziehen. Schenk wies die Behauptung, die Deutschen würden von den Schweizern gefürchtet, nicht ungereizt zurück und riet François Wille, mit dem Weggang nach Deutschland noch zuzuwarten und nicht extreme Demonstration zu machen“²²⁾.

²¹⁾ H. M. Kriesi, Gottfried Keller als Politiker, Frauenfeld 1918, S. 204.

²²⁾ H. Böschenstein, Bundesrat Carl Schenk, Bern 1946, S. 121. — Die eigenartige Haltung dieser deutschen Flüchtlinge ist bereits von Zeitgenossen kritisiert worden. Der bekannte Militärschriftsteller Wilhelm Rüstow, Flücht-

Eine schärfere Tonart schlägt die deutsche Presse an. Weniger die Manifestation als solche, als der von Sulzer, einem Mitglied der Behörden, geprägte Ausdruck des Deutschenhasses hatte die Gemüter erregt und nach Antwort gerufen. Es muß betont werden, daß die Kritik nicht den Bundesrat und auch nur bedingt die kantonalen oder städtischen Behörden trifft, obwohl auch die deutsche Presse die Vernachlässigung der Schutzbereitungen und die mangelnde Energie des Militärs erwähnt. Die Neutralität aber wird nicht in Frage gestellt, ja verschiedentlich ausdrücklich gesagt, daß der Bundesrat seine Aufgabe, den Schutz der Neutralität, zur allgemeinen Zufriedenheit erfüllt habe. Die Polemik trifft einerseits die innere Verfassung des Kantons Zürich und die Regierungsweise der Demokraten, anderseits das Verhältnis zwischen Deutschland und der Schweiz. Die Ereignisse in Zürich hätten, so wird etwa argumentiert, gezeigt, zu welchem Ergebnis der Republikanismus und die allgemeine Demokratisierung führten: zu Auflösung der Ordnung und der Gefährdung der Freiheit. Die Weserzeitung bespricht in diesem Zusammenhang ausführlich die Institution des Referendums und sieht darin den demagogischen Versuch, die Autorität der Behörden zu untergraben²³⁾. Letztlich werde der Pöbel oder zum mindesten die Majorität über die Ordnungsschicht und die Gebildeten obsiegen. Die Kritik an den schweizerischen Verhältnissen dient den Verfassern zugleich dazu, das deutsche Publikum „aufzuklären“ und es vor den Gefahren der Republik zu warnen. Diese sei zudem wesentlich französischen Ursprunges und die Geschichte Frankreichs zeige, welche Folgen diese „französische Krankheit“ nach sich ziehe. Ein Schweizer faßt in seiner Selbstanklage in der Augsburger Allgemeinen Zeitung zusammen: „Der 9. März

sing aus dem Jahre 1850, nennt die deutsche Feier in einem Brief vom 26. April 1871 einen Akt der Unhöflichkeit und meint, daß ganz andere Leute hätten bestraft werden sollen. Zusammenfassend urteilt der deutsche Demokrat sehr scharf: „Eh bien, c'étaient avant tout ceux qui paradaient auparavant en qualité d'ennemis implacables de prussianisme, et maintenant ils s'aplatissaient de la façon la plus éhontée devant le plus arrogant prussianisme; ces mêmes gens avaient cherché et trouvé en Suisse des places et toutes sortes de moyens profiter . . .“, zitiert bei Marcel Herwegh, Guillaume Rustow, Paris-Neuchâtel 1935, S. 93.

²³⁾ Auszüge sind enthalten im Bericht Hammers an den Bundesrat vom 3. April 1871, Bundesarchiv Bern.

1871 ist ein Schandfleck für die franzosengesinnte Partei Zürichs, wie der letzte deutsch-französische Krieg ein Schandfleck Frankreichs.“

Der Deutschenhaß kann von der deutschen Presse nicht von der Hand gewiesen werden. In ihrer Stellungnahme geht sie aber nicht auf die Begründung von Sulzer ein, um etwa in aller Deutlichkeit den bedrohlichen Charakter des neuen Reiches abzulehnen und die friedlichen Absichten zu betonen. Der Gedanke, daß die Schweiz der Reichsgründung und der Großmachtstellung Deutschlands nur mit Mißbehagen gegenübersteht, wird umgebogen und als Wille interpretiert, „etwas Spezielles“ zu wollen. Diese Möglichkeit hätte nur bei einem schwachen Deutschland bestanden und sei nun ausgespielt. Die Entrüstung der Schweiz müsse auf diese Tatsache zurückgeführt werden.

Die Schweiz wird aufgefordert, ihre Lage zu überprüfen. Sie sei wirtschaftlich, politisch und vor allem geistig so sehr von Deutschland abhängig, daß ihr ein vorsichtiges Vorgehen nur förderlich sein werde. Die besondere Rolle, die dem Bildungsgedanken im zeitgenössischen politischen Denken kommt, zeigt sich auch darin, daß immer wieder die Bedeutung der deutschen Wissenschaft und die Rolle der Deutschen innerhalb unseres Hochschul- und Erziehungswesens hervorgehoben werden. Die Augsburger Allgemeine Zeitung will vorerst von einem „Einschreiten gegen die kranke Schweiz“ absehen. Eine Wiedereinverleibung (!) schweizerischer Gebiete sei nicht zu wünschen, aber das deutsche Reich werde mit der Zeit eine unwiderstehliche Anziehungskraft auf „die nationalen Sprengstücke“ ausüben. Vorerst werde sie aber ihre innere Fehlentwicklung infolge einer einseitigen Beeinflussung durch französisches Denken bis zum bitteren Ende verfolgen müssen. Der Verfasser sagt zum Schluß: „Die Eidgenossenschaft wird vielleicht schon nach wenigen Jahren sich freuen, in einem engeren oder weiteren Bündnisse mit dem deutschen Reiche dem finis Helvetiae, das man jetzt selbst von Schweizer Lippen gehört hat, zu entgehen“²⁴⁾. Diese Stellungnahme der Deutschen zur schweizerischen Politik während des Tonhallekrawalls kommt sehr deutlich in einer Schrift zum Ausdruck, die der aus

²⁴⁾ Zitiert im Landboten vom 23. März 1871.

Zürich weggezogene Professor Benndorf unter dem Titel „Der Deutschenhaß in Zürich“ in der Wochenschrift „Im neuen Reich“ publizierte. Benndorf bestätigt das Vorhandensein eines Deutschenhasses und behauptet, daß eine deutschfreundliche Gesinnung nur in den oberen und gebildeten Schichten gefunden werden könne. Seine Freunde in der Schweiz ermahnt er: „Ihre erste Pflicht ist, deutsche Wissenschaft und Gesinnung unter einem abgelösten und in gefährlicher Krise lebenden Volk zu vertreten. Scheiden Sie aus der Schweiz, so wird das deutsche Element schwächer, die dort bevorstehende Katastrophe hoffnungsloser ... Die Schweiz ist zu Deutschland in ähnlicher Lage gewesen wie die Niederlande“, d.h. ihre Sonderstellung, politische Rolle und damit ihr Selbstgefühl waren auf ein schwaches Deutschland angewiesen. Der Kampf zwischen Deutschland und Frankreich ist auch hier nicht nur ein politischer, sondern ein weltanschaulicher. „... Denn das wollen wir vor allem uns klar machen: Dieser große Krieg ist im letzten Grunde ein Kampf staatlicher Zucht gegen soziale Desorganisation gewesen, und er hat das Resultat gebracht, diesen Gegensatz völliger herauszutreiben...“ Die Zuneigung der Arbeiterklassen zu Frankreich ist selbstverständlich, da der Sozialismus eminent französisch ist, d.h. nicht nur aus Frankreich stammt, sondern dessen innerstem Wesen entspricht. „Es braucht keiner großen Voraussicht, um zu erkennen, daß den französischen Sympathien in der Schweiz auch französische Zustände folgen werden. In der Tat waren diese Sympathien nur möglich, weil die soziale Verderbnis auch in der Schweiz schon übermäßig geworden ist ... Aber der Kampf, der entbrennen wird, muß einen deutschen Sieg zur Folge haben, und viele von denen, welche sich jetzt im Geheimen der Steine freuen, durch welche ein deutsches Fest verdorben wurde, werden sich in kurzer Zeit kleinlaut, angstfüllt, in Sorge um Gut und Existenz, an Deutschland als rettende Macht zu klammern suchen“²⁵⁾.

Wir haben hier einige Stimmen der Pressepolemik zur Sprache gebracht, die sich dem Tonhallekrawall anschloß. Wir müssen aber beifügen, daß die Zürcher Ereignisse nicht etwa diese Polemik hervorgerufen, höchstens verschärft haben. Bereits zu Beginn des deutsch-französischen Krieges waren

²⁵⁾ Otto Benndorf, Im neuen Reich, Leipzig 1871, S. 485—486.

Spannungen zwischen süddeutscher und schweizerischer Presse entstanden und großgermanische Gesinnung vertreten worden²⁶⁾.

Abschließend soll noch die Frage geprüft werden, ob die Ereignisse in Zürich und die Pressefehden sich auf die diplomatischen Beziehungen ausgewirkt und diese vielleicht in einer für das Land nachteiligen Weise belastet haben.

Haltung des Bundesrates und die diplomatischen Beziehungen.

Die eidgenössische Intervention ist mit aller Entschiedenheit durchgeführt worden. Ansehnliche Truppenteile wurden zur Verfügung gestellt, ein eidgenössischer Kommissär aufgeboten und anschließend eine gerichtliche Untersuchung durchgeführt. Die gefällten Urteile müssen als recht hart bezeichnet werden. Der Verlauf der Intervention hat in der Presse keine Kritik gefunden. Über die Opportunität der Intervention aber hatte nicht der Bundesrat zu entscheiden. Die Telegramme aus Zürich ließen zudem auf eine wirklich gefährliche revolutionäre Bewegung schließen und rechtfertigten eine energische Aktion. Wir haben bereits erwähnt, daß die deutsche Presse die Haltung des Bundesrates in ihrer sonstigen Kritik ausnimmt und die neutrale Stellungnahme betont.

In seinem „Bericht an die Hohe Bundesversammlung, betreffend die Wahrung der Neutralität der Schweiz während des Krieges zwischen Frankreich und Deutschland“ vom 28. Juni 1871²⁷⁾ betont der Bundesrat bereits einleitend, daß die Ereignisse in der Tonhalle „in weitern Kreisen außerhalb unserer Grenze nur zu begierig aufgegriffen wurden, um den Sinn unserer Bevölkerung und der schweizerischen Institutionen einer höchst bittern Kritik zu unterwerfen“. Nach einer Schilderung der eidgenössischen Intervention faßt der Bundesrat zusammen: „Wir können den Bericht über diesen peinlichen Vorfall nicht schließen, ohne darauf hinzuweisen, daß die gesamte schweizerische Presse, obwohl sehr verschieden in ihrem Urteil über die Opportunität eines deutschen Sieges- und Friedensfestes unter damaligen Umständen, doch einmütig war in der Verurteilung der schmäblichen Verlehung des freien

²⁶⁾ E. A. Picard, a.a.O., S. 142f.

²⁷⁾ Bundesblatt 1871, II, S. 779ff.

Vereins- und Versammlungsrechtes in der Schweiz, und daß es eben deshalb als ein höchst ungerechtes Beginnen erscheinen mußte, die niedrigen Motive, welche bei den an jenem bedauerlichen Akte Beteiligten gewirkt haben mögen, als allgemeine Stimmung und Auffassung der schweizerischen Bevölkerung darzustellen und für die Ausschreitungen Einzelner das ganze Land und Volk moralisch verantwortlich zu machen.“ Der Bundesrat verzichtete also auf eine direkte Stellungnahme; der Satz über die Opportunität wird jedoch dahin zu interpretieren sein, daß der Bundesrat die Abhaltung der Feier als unangebracht beurteilte. Mit aller Deutlichkeit verwahrt er sich gegen die Kritik und die Stimmungsmache der deutschen Presse.

Der damalige Bundespräsident und Vorsteher des politischen Departementes, Bundesrat Karl Schenk, stand mit dem deutschen Gesandten General von Roeder in „freimütigen Beziehungen“²⁸⁾ und wird dem Berliner Auswärtigen Amt kaum als möglicher Begünstiger deutschfeindlicher Bewegungen bekannt gewesen sein. Eine Anerkennung der Haltung des Bundesrates zeigt sich auch in jenem Brief von Roeder an Dr. Ottensoser über die Entschädigungsansprüche der Deutschen, den uns Schmid mitgeteilt hat²⁹⁾. Der Anwalt hatte den Gesandten gebeten, die Angelegenheit zu übernehmen, um besser mit dem Bundesrat verhandeln zu können. Roeder lehnte ab, da dies staatsrechtlich nicht möglich sei und „der Bundesrat als solcher seinen internationalen Verpflichtungen durch die Art der Untersuchung vollkommen entsprochen hat“. Am Urteil des Kriegsgerichtes sei zudem nichts auszusehen. Die Angelegenheit zog sich hinaus und wurde letztlich vom Militärdepartement erledigt.

Unter diesen Voraussetzungen ist es verständlich, daß auch in den diplomatischen Beziehungen infolge des Tonhallekrawalls keine Schwierigkeiten entstanden.

Am 11. März hat der Bundesrat dem Gesandten Hammer in Berlin über die Vorfälle in Zürich berichtet. Dieser nimmt am 3. April darauf Bezug und meldet, daß in der deutschen öffentlichen Meinung eine „leidenschaftliche Erregung“ vorhanden sei³⁰⁾. Mehr noch als die Ereignisse in Zürich hätte das

²⁸⁾ H. Böschenstein, a.a.O., S. 117.

²⁹⁾ H. Schmid, a.a.O., S. 52.

³⁰⁾ Bericht Hammers Nr. 27, Bundesarchiv Bern.

Sulzerische Worte des Deutschenhasses Anstoß erregt. „Mit dem gesteigerten deutschen Nationalgefühl müsse man in der sorgfältigsten Weise rechnen.“ Bismarck habe ihm am 22. März zu verstehen gegeben, daß er „zwischen der Haltung der Regierung und solchen Vorfällen, die sich der Beherrschung durch die öffentliche Gewalt entziehen, zu unterscheiden wisse, und sprach neuerdings in der wohlwollendsten Weise seine Befriedigung und Anerkennung über unsere Haltung während des Krieges aus“³¹⁾. Damit war die Angelegenheit im wesentlichen abgeschlossen; sie kann hingegen noch etwas weiter verfolgt werden. Am 25. April meldet Hammer, daß die national-liberale Fraktion die Zürcher Ereignisse im Reichstage zur Sprache bringen wollte, „es ist aber hauptsächlich der Insinuation des Fürsten Bismarck zuzuschreiben, daß die national-liberale Fraktion auf die Besprechung dieser Vorgänge im Schoße des Reichstages verzichtete“. Die Presse sei ruhiger geworden und die Nationalliberalen schienen Kampfabbruch geblasen zu haben³²⁾. Dieser Meldung darf wohl einige Bedeutung beigemessen werden. Traf diese Einwirkung zu, so wurde eine Diskussion im Reichstage vermieden, die den Tonhallenkrawall zu einer eigentlichen, sich auch diplomatisch auswirkenden Staatsaffäre gestempelt hätte. In welcher Beziehung diese Haltung Bismarcks zur allgemeinen Politik Deutschlands gegenüber der Schweiz stand, müßte gesondert untersucht werden. Hier scheint Bismarck ausdrücklich die anti-schweizerische Polemik in der Presse und den politischen Kreisen mißbilligt zu haben und für ruhigere Beziehungen zwischen den beiden Ländern eingetreten zu sein.

Am 2. Mai endlich berichtet Hammer von einem Essen auf der russischen Gesandtschaft zu Ehren des Besuches Kaiser Alexanders von Rußland. Bismarck habe sich ostentativ zu ihm gewendet und die längere Besprechung sei daher als offizielle Kundgebung zu verstehen. In der Tat bildet sie die abschließende Anerkennung der „legalen Handhabung“ der Neutralität während des vergangenen Krieges. Die Aufgabe sei schwierig gewesen, aber die Schweiz hätte die „Feuerprobe“ bestanden. Beide Seiten hätten sich Verfehlungen zu Schulden kommen lassen, ohne daß sich aber die Schweiz über die maßgebenden

³¹⁾ Diese Stelle auch zitiert bei H. Schmid, a.a.O., S. 63.

³²⁾ Bericht Hammers Nr. 31, Bundesarchiv Bern.

Stellen hätte beklagen müssen. Deutschland hätte niemals den Gedanken gehabt, die schweizerische Neutralität zu beeinträchtigen, denn „qui se respecte, respecte aussi les autres“³³⁾.

Wir haben in der vorliegenden Arbeit versucht, den Tonhallekrawall und die nachfolgende Diskussion mit der Innenpolitik des Kantons und dem Verhältnis der Schweiz zu Deutschland in Beziehung zu setzen. Es ergab sich, daß das an sich lokale Ereignis verschiedene interessante Einblicke erschließt. Wir erwähnten den sozialen Hintergrund der Zürcher Unruhen, die Spannungen zwischen Liberalen und Demokraten, die sich in den Kommentaren zum Krawall deutlich abzeichnen, die Haltung der deutschen Flüchtlinge anlässlich der Siegesfeier und die Stellungnahme des deutschen Reichskanzlers. Es sind dies Ergebnisse und Fragen, die aus dem Kreis der engeren Zürcher Geschichte heraustrreten und in die schweizerische, ja allgemeine Geschichte eingreifen.

³³⁾ Bericht Hammers Nr. 34, Bundesarchiv Bern.